

stung und Amortisation gleich ins neue Haus hineintrug. Man sollte sich vielmehr auf die eigene Schaffenskraft und Arbeitsfreudigkeit der Ziedler selbst verlassen.“ Nun, an diesem Fehler sind die bösen Agrarpolitiker der Rechten ganz gewiß nicht schuld.

Der liegt auch der Grund, weswegen die Ziedelung nicht in dem wünschenswerten Tempo vorangetrieben werden konnte. Sowohl der preussische Handelsminister Dr. Schreiber als auch der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich haben in Medien, die sie hier in Dresden gehalten haben, kürzlich erklärt, daß die Frage der Ziedelung eine Frage der Kapitalbeschaffung sei. Daß diese eine der schwierigsten Fragen ist, ist ja bekannt. Aber es erhebt sich eben der Einwand, ob man nicht mit ganz falschen Voraussetzungen an das Problem herangeht, ob man nicht von vornherein zu große Ansprüche stellt an den Vater Staat, anstatt sich mehr auf die schöpferische Initiative des einzelnen zu verlassen, der willens ist, auch aus dem Primitiven heraus etwas zu schaffen.

Dieser Fries, diese Lust am eigenen Werk aus dem Nichts heraus, steht in jedem ursprünglichen Menschen tief drinnen. Man braucht nur an Sonntagen zu beobachten, mit welcher Liebe und welchem Eifer die Großstädter sich

draußen im Grünen ihre Schrebergärten und Lauben und Brunnen und Bindräder zurechtbauen, und man wird begreifen, wie allein auf diesem urgeliebten, kulturschöpferischen Fries im Menschen, der gerade im deutschen Menschen so stark ist, eine großzügige Kolonisation zu begründen ist. Denn derjenige, der, verzerrt, nur auf Land gehen will, weil er in der Stadt nicht vorwärts kommt oder gescheltet ist, der verzweifelt von marxistischen Gedankengängen, seine Existenz aufbauen will auf Grund der Verdrängung fremder Existenzen, der obenreißt verlannt, daß ihm der Staat alles schon zubereitet, so daß er als Ziedler nichts anderes wäre als ein wohlversorbener Beamter, und der kein Risiko wolle, der wäre ein schlechter Vorkämpfer der deutschen Sache im Osten, ein „Soldat“, der jederzeit zu befehligen bereit wäre.

Der Staat rufe die Wagemutigen unter den Bauernjungen auf und gebe ihnen mit einem Minimum an Vertriebsmitteln die Möglichkeit, sich eine freie Scholle zu schaffen! Dann, wenn man die rechte Großstadtlichkeit mit spartanischer Sparsamkeit verbindet, werden auch die Mittel nicht fehlen, um diese ganz große Aufgabe unseres Volkstums mit dem nötigen Tempo anzugreifen und voranzutreiben.

Regionales Wirtschaftsabkommen Oesterreich - Ungarn

Die Verhandlungen vor dem Abschluß

Berlin, 11. Mai. (Eig. Drahtmeld.) Die österreichische Regierung hat mit Ungarn Verhandlungen über ein regionales Wirtschaftsabkommen eingeleitet. Diese Verhandlungen stehen kurz vor ihrem Abschluß. Auch zwischen Ungarn und Italien schweben ähnliche Verhandlungen, die wiederum Rückschlüsse auf die österreichisch-italienischen Handelsbeziehungen, die soeben durch ein Zusatzabkommen zum Zollvertrag erweitert worden sind, haben werden.

Diese Bestrebungen, einen Regionalvertrag auch zwischen Oesterreich und Ungarn herzustellen, sind naturgemäß für die Wiener Verhandlungen über die deutsch-österreichische Zollunion von ganz besonderer Wichtigkeit. Sie zeigen einwandfrei, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Neugestaltung Europas nicht bloß auf Deutschland und Oesterreich beschränkt, sondern daß selbst eine Macht wie Italien, die zu den sogenannten Siegerstaaten des Weltkrieges zu rechnen ist, sich dieser Erkenntnis nicht mehr verschließen kann. Zugleich wird deutlich, daß Deutschland und Oesterreich, wie sie das ja von Anfang an betonten, ihre Zollunion nicht nur auf sich beschränken wollen, sondern gewillt sind, sie auch auf andere Staaten auszudehnen.

Gerade dadurch, daß die österreichisch-ungarischen Verhandlungen kurz vor dem Beginn der Wiener Ratsitzung perfekt werden dürften, wird die Position Frankreichs erheblich geschwächt.

Der handelspolitische Weg, den Oesterreich in den Verhandlungen mit Ungarn beschritten hat, steht etwa so aus, daß jeder der beiden Staaten mit einem nach oben begrenzten Ausfuhrkontingent durch bare Zuschüsse eine Exportverbilligung gewinnen soll, auch wenn ein Exportkredit für die betreffenden Lieferungen nicht ausgenommen wird. Der Zuschuß geht auf Kosten des anderen Staates, was durch Verrechnung in einem Clearing zum Ausdruck kommt. In seiner Wirkung bedeutet dieses System soviel wie

beiderseitige Vorzugszollbehandlung.

In einem Dreierabkommen konnte dieser Vertrag dadurch werden, daß andererseits Ungarn mit Italien einen gleichen Vertrag abschließt, der zusammen mit dem österreichischen Ungarn zunächst für ein Jahr von der Sorge um seine Getreideverwertung fast ganz befreit. Der ungarische Ministerpräsident, Graf Bethlen, hat dem französischen Publizisten Jules Sauerwein unter Bezugnahme auf die österreichisch-ungarischen Verhandlungen erklärt, mit der Tschechoslowakei habe man zu keinerlei Abmachungen kommen können, und die Verhandlungen hielten stets auf große Schwierigkeiten. Es bestehe kein normales Verhältnis

nis zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei. Dagegen gelang es bis jetzt stets, ausgleichende Verträge mit Oesterreich zu schließen. Das neue Abkommen sei so gedacht, daß Ungarn seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse, vor allem zwei Millionen Doppelzentner Getreide, gegen österreichische Industrienerzeugnisse austauschen wolle.

Außenminister Ghika über den deutsch-rumänischen Zwischenfall

Bukarest, 11. Mai. Außenminister Ghika empfing am Montag zum ersten Male die Vertreter der ausländischen Presse. Er betonte, daß bald eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden müsse, um die schwierige Lage Rumäniens und aller Agrarländer zu bessern. Er sprach anschließend ganz kurz und allgemein über das Ergebnis der Konferenzen der Kleinen Entente. Im Mittelpunkt der Erklärungen Ghikas stand der deutsch-rumänische Zwischenfall. Ghika lehnte sich für sich und die rumänische Regierung jede Art von Schuld ab. Er führte den Ursprung des Zwischenfalles auf eine irrtümliche Meldung zurück, wonach die Konferenz der Kleinen Entente am 2. Mai begonnen werde. Das Bestreben Ghikas, den Zwischenfall zu bagatellisieren und eine befriedigende Lösung als möglich erscheinen zu lassen, war offensichtlich. Ueber Rumäniens Pläne in Genf äußerte er sich nicht. Man gewann den Eindruck, daß Rumänien ohne ein festes Programm nach Genf geht, wo es wohl auf keinen Fall gegen die Zollunion Stellung nehmen wird, weil die rumänische Außenpolitik infolge der Agrarnot nicht mehr freie Hand hat.

Der Berliner rumänische Gesandte ist jetzt von seiner Regierung beauftragt worden, der Reichsregierung den Wunsch nach einer Festlegung der deutsch-rumänischen freundschaftlichen Beziehungen durch den Abschluß eines Handelsvertrages anzusprechen. Ueber Zeit und Ort der Wiederaufnahme der Verhandlungen besteht noch keine Klarheit. Rumänischerseits möchte man in Bukarest oder einem neutralen Ort verhandeln.

Ein tschechisch-rumänischer Handelsvertrag

Bukarest, 11. Mai. „Zuvantul“ meldet, daß zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei in der nächsten Zeit ein Handelsvertrag auf Grundlage des Preterensatzes abgeschlossen werden soll. Im Rahmen der diesbezüglichen Verhandlungen habe sich die Tschechoslowakei erbötig gezeigt, den gesamten rumänischen Getreidevorrat aufzukaufen.

Briand nimmt die Präsidentschaftskandidatur an

Paris, 11. Mai. Außenminister Briand hat am Montag, spät nachmittags, die Kandidatur für die Präsidentschaftswahl am kommenden Mittwoch offiziell angenommen. Am Montagabend wurde

folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht:

„Eine große Anzahl allen republikanischen Gruppen angehörender Senatoren und Abgeordnete hat einen dringlichen Schritt bei Außenminister Briand unternommen, um diesen zu erlauben, seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik anzunehmen. Das älteste Mitglied der Abordnung, Kammerabgeordneter Thomson, hat Briand ausdauerhaft, daß es sich für den Außenminister darum handle, unter Ausschluss aller Parteibedenken und persönlicher Rücksicht eine nationale Tat zu vollbringen. Briand hat darauf geantwortet, daß er sich diesem Appell nicht verschließen möchte und es als seine Pflicht ansehe, sich seinen Freunden zur Verfügung zu stellen.“

In politischen Kreisen nimmt man an, daß der parlamentarisch erfahrene und in allen seinen Entschlüssen sehr vorsichtige Außenminister sich vor der Aufgabe gewisser Garantien für den Wahlerfolg verschert hat. Es sei also anzunehmen, daß

eine vorbereitende „Stimmzählung“ hinter den Kulissen

die notwendige absolute Mehrheit ergeben habe. Der ehemalige Kriegsminister Painlevé, der jetzige Finanzminister Poincaré, Kriegsminister Maginot und Landwirtschaftsminister Tardieu stützten im Laufe des heutigen Tages dem Außenminister Besuche ab. Sie haben ihm wahrscheinlich ihre volle Unterstützung zugesichert. Die einzige Frage, die im Augenblick noch offen steht, ist die,

ob Briand sein Amt als Außenminister noch vor der Wahl niederlegt,

oder ob er in seiner jetzigen Eigenschaft in den Wahlkampf geht. Beide Fälle sind bei früheren Wahlen bereits eingetreten.

An dem Schritt der Linksruppen der beiden Häuser hat sich über Erwarten

die demokratische Linke

des Senats, die fast die Hälfte der Mitglieder des Senats umfaßt, nicht beteiligt. Die Gruppe hat vielmehr eine Entschiedenheit angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Mitglieder beim ersten Wahlgang vollkommen freie Hand besitzen, während sie im Falle eines zweiten Wahlganges für denselben Linkskandidaten stimmen werden, der die meiste Aussicht auf Erfolg hat. — Man hätte annehmen sollen, daß der Außenminister sich unter diesen Umständen weigern würde, die Kandidatur anzunehmen. Es darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß die Wahl in Versailles streng geheim ist und weder der

Schritt der Linksruppen noch die ausweichende Haltung der demokratischen Linke des Senats maßgebend für den Ausgang der Wahl sind.

In der Umgebung Briands erklärt man, wie Ovas mittelst, daß der Beschluß des Außenministers, für die Präsidentschaftswahl zu kandidieren, seine Absicht, sich am 15. Mai nach Genf zu begeben, in keiner Weise ändere. Wenn er am Mittwoch in Versailles gewählt werde, halte er es für einen Akt der Höflichkeit, sich von seinen Kollegen des Organisationsausschusses für die Europäische Föderation zu verabschieden und sie zu bitten, einen neuen Präsidenten zu ernennen. Der Aufenthalt Briands in Genf würde dann sehr kurz sein. Briand würde weder an den Arbeiten des Studienausschusses für die Europäische Union, noch an denen des Völkerbundesrates teilnehmen.

Doumer hält seine Kandidatur aufrecht

Der Schritt bei Senatspräsident Doumer, von seiner Kandidatur gegen diejenige Briands abzutreten, ist bereits erfolgt. Er wurde von der gesamten Delegation, die sich heute zu Briand begeben hatte, unternommen. — Senatspräsident Doumer hat es abgelehnt, auf seine Kandidatur zu verzichten, und erklärt, daß er sie trotz der Kandidatur Briands aufrechterhalte.

Doumer hat die Aufrechterhaltung seiner Kandidatur der Delegation gegenüber in der Weise begründet, seiner Ansicht nach sei Briand besser am Platze im Außenministerium, um dort das wichtige, von ihm seit vielen Jahren geleitete Werk fortzusetzen.

Als dritter Kandidat für die Präsidentschaftswahl ist der frühere französische Gesandte und Minister Abg. Jean Hennessy aufgetaucht.

Unterschlagungen bei einer Reichsbehörde

Berlin, 11. Mai. In der dem Reichsministerium des Innern angelegierten Landesaufnahme sind in den letzten Tagen Unterschlagungen aufgedeckt worden, die jetzt zu der Verhaftung von fünf Beamten geführt haben. Es handelt sich um die Inspektoren Waer, Lun, Wendi und Schäfers sowie um den Verwaltungsdirektor Mann. Ueber die Höhe der Unterschlagungen ist bisher noch nichts bekannt geworden. Es soll sich jedoch um einige hunderttausend Mark handeln. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die fünf Beamten seit mehreren Jahren Geld in Geld gearbeitet und sehr geschickte Buchführungen vorgenommen haben, so daß die Verfehlungen bisher nicht bemerkt worden sind. Erst durch eine Revision, die vor einiger Zeit durch den Rechnungshof vorgenommen wurde, wurden Unregelmäßigkeiten entdeckt, die schließlich nach gründlicher Nachprüfung zur Aufdeckung der Unterschlagungen führten.

„Politik und Wehrmacht“

Der Bezirk Bayrisches Viertel der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Montag im „Männchen Hof“ eine Mitgliederversammlung ab. General der Infanterie a. D. B. K. W. K. sprach über: „Politik und Wehrmacht.“ An die Einleitung hielt er den soldatischen Begriff, der auch im politischen kämpfer leben müsse. Soldat sein heißt, seinen eigenen Willen untergeordnen, operbereit zu sein. Die Grundpfeiler soldatischen Denkens sind Disziplin, Kameradschaft und Verantwortungsgesinnung. Die Disziplin muß freiwillig und aus der Ueberzeugung kommen. Wirkliche Macht setzt sich aus drei Komponenten zusammen: Einem Führer, einer Idee und Soldaten, die die politischen Ziele in die Tat umsetzen. Diesen Dreifang hatten wir 1870 unter Wilhelm I. Im Innern hatte Bismarck allerdings von der Reichsgründung an zu kämpfen gegen die Fortschrittspartei, das Zentrum und die Sozialdemokratie. Bismarck konnte diese Strömungen bändigen; später wirkten sie sich schädigend aus, und nach dem November 1918 kamen sie gar zur Herrschaft. Diese Gruppen waren schuldig an dem Fehlen von drei Armeekorps in der Marne Schlacht. 1914 hatten wir wohl eine Oberste Deeresleitung, aber keine Oberste Kriegsführung. Das ermöglichte späterhin der Sozialdemokratie die Vorbereitung der Revolution, die bekanntlich von Auslandsgeld unterstützt wurde. Die Sozialdemokratie trägt auch die Schuld am Versäulter Diktat, das erst durch die Revolution ermöglicht wurde.

Wir sind aberüstet. Die Feinde rüsten auf und verstoßen damit gegen die klaren Abmachungen des Friedensvertrages. Das gibt uns das Recht, auch für Deutschland die Wehrfreiheit zu fordern. Der Demmichius ist dabei die Sozialdemokratie, die nie für sich allein die Wehrfreiheit hatte, aber regieren konnte dank der Unterstützung durch das Zentrum und die Splitterparteien. Seit dem Auszug der Reichsopposition aus dem Reichstage ist es nun aus mit der Schaufelpolitik des Zentrums. Die Opposition muß ihren Weg klar und entschlossen weitergehen; jedes Pattieren mit der derzeitigen Regierung stärkt letzten Endes die Sozialdemokratie. Gegenbergs Politik erzwingt die klare Entscheidung: Sie rechts, die links.

Der Redner erntete starken Beifall. Eine rege Ansprache schloß sich an, in der Graf Walltow mit beredten Worten die Not des deutschen Volkes schilderte. D. H. H. habe dort noch niemand erhalten, der national eingestuft sei.

Millionenverluste der österreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe

Wien, 11. Mai. Die österreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe hat der Bundesregierung mitgeteilt, daß sich bei der Aufstellung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1930

Verluste von insgesamt 140 Millionen Schilling

ergeben haben. Die Verluste sind zurückzuführen auf die Fusion mit der Bodenkreditanstalt, auf die Entwertung des Effektenportefolios, sowie auf notwendige Abschreibungen bei Debitoren. Da das Aktienkapital der Kreditanstalt 125 Millionen und die offenen Reserven 40 Millionen Schilling betragen, hätte nach dem österreichischen Gesetz die Zwangsliquidierung des Instituts erfolgen müssen. Diese Lage erforderte ein sofortiges Eingreifen der Bundesregierung, da die Kreditanstalt aufs engste mit der österreichischen Wirtschaft verbunden ist.

Wie jetzt bekannt wird, haben die bereits seit drei Tagen in dieser Angelegenheit geführten

Verhandlungen zwischen der Regierung und allen maßgebenden Stellen Erfolg

gehabt. Das Aktienkapital der Kreditanstalt wird um 25 v. H. herabgesetzt. Der Anfall werden ferner neue Mittel in einem solchen Ausmaße zugeführt, daß das bisherige Vermögen von 165 Millionen Schilling nicht nur wiederhergestellt, sondern sogar vermehrt wird. Zu diesem Zwecke werden der Anstalt vom Bund 100 Millionen Schilling, von der österreichischen Nationalbank und dem Hause Reichold je 20 Millionen zur Verfügung gestellt.

Auslandsjournalisten bereisen die Ostgrenze

Berlin, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Unter Führung des Regierungspräsidenten Cronau aus Köslin bereisen während der letzten Tage französische und englische Journalisten die ostpommerschen Grenzkreise. Hierbei wurde ihnen die Unhaltbarkeit des polnischen Korridors an den abgegrenzten Chaussees und den unterbrochenen Eisenbahnlinien vor Augen geführt. Am Dienstag werden Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes und der Internationalen Landwirtschaftskammer mit Vertretern des Landwirtschaftsministeriums aus Berlin und der pommerschen Landwirtschaft eine Informationsreise durch das gleiche Gebiet unternehmen.

Stuhlschlacht im Karlsruher Stadtparlament

Karlsruhe, 11. Mai. Am Montagnachmittag kam es im Bürgerausschuß nach der Haushaltung des Oberbürgermeisters Dr. Winter zu einem großen Stuhlschmarrn. Als die Polizei erschien, war der Saal bereits ein einziges Trümmerfeld zerbrochener Stühle, Tische und Intenstische. Auch die Galerie hatte sich an der handgreiflichen Auseinandersetzung beteiligt. Der Oberbürgermeister mit seinen Bürgermeistern und den Vorständen der städtischen Ämter, sowie die Angehörigen der anderen Parteien hatten den Saal fluchtartig verlassen. Es gab zahlreiche Verletzte.

Die Sicherung der Geldbriefträger

Berlin, 11. Mai. Im Hinblick auf den Geldbriefträgermord in Berlin hat das Reichspostministerium die Bestehenden, zur Sicherung der Geldbriefträger erlassenen Dienstvorschriften verschärft. Bis auf weiteres sollen Postanweisungen unbekannt, nicht sicher und zuverlässig erscheinenden Empfängern in keinem Falle zugestellt, sondern zur Abholung gegeben werden. In solchen Fällen soll dem unbekanntem Empfänger ein Vena schriftlich angezeigt ausgehändigt werden. Der Geldzusteller darf auch bei dieser Gelegenheit das Zimmer des Unternehmers, oder, wenn dieser selbst abreist, die Wohnung nicht betreten. Postanweisungen, die an fremde Personen in Hotels, Gasthöfen, Fremdenheimen usw. gerichtet sind, können weiterhin zugestellt werden, wenn es möglich ist, die Geldbeträge in einem Vorraum oder einem Gemeinschaftszimmer, das allen Gästen zugänglich ist, auszugeben.

Setzungsverbot in Halle. Die kommunistische Tageszeitung für den Bezirk Halle-Vertriebe, der „Klassenkampf“, ist durch Erlass des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden.

Eine Klosterbrauerei niederbrannt. Am Montagvormittag brach in der Klosterbrauerei Weissenfeld (bei Angolstadt) in einem historischen Gebäude aus dem Jahre 1701 Feuer aus, dem die Brauerei und der Gasthof vollständig zum Opfer fielen.

Explosion in einem kanadischen Kohlenbergwerk. In einem Kohlenbergwerk in Newbergt (Newfoundland) ereignete sich eine Explosion, durch die fünf Personen getötet und etwa zehn verletzt wurden.